

WAHL-SPEZIAL

Auf zwei Seiten haben wir für euch die Kommunalwahlen in den Uni-Städten Duisburg und Essen beleuchtet.

► Seite 2 und 3



UKRAINE

Bei der Präsidentschaftswahl hatten die rechtsradikalen Parteien keine Chance: Auf dem Maidan sind sie trotzdem präsent.

► Seite 4-5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► www.akduell.de

Flucht aus Duisburg

Die befürchtete gewaltsame Räumung der Häuser in den Peschen in Duisburg-Bergheim ist bisher zwar ausgeblieben. Trotzdem hat ein Großteil der Familien die zwei Häuser mit den 74 Wohnungen fluchtartig verlassen. Denn hinter den Kulissen wurde stetig Druck gegen die dort lebenden Roma aufgebaut – vom Vermieter, von der Stadt Duisburg und wahlkampf-treibenden Parteien.

Als wir Mitte April über das Haus in den Peschen berichteten, war die Situation für die Menschen im Haus katastrophal: Der Vermieter hatte viele von ihnen unrechtmäßig beim Einwohnermeldeamt abgemeldet, ihnen gedroht Strom und Wasser abstellen und die Wohnungen anschließend räumen zu lassen. Die Menschen, die jetzt noch in den Häusern leben, sind mittlerweile zurückgemeldet. Einige erhalten durch die Abmeldung aber kein Kindergeld mehr. Weil die allermeisten keine anderen Sozialleistungen erhalten, bedeutet das für die Familien erhebliche finanzielle Einbußen. Viele der Menschen sind wegen dieses hohen Drucks jetzt aus Duisburg weggezogen.

Verbranntes Geld und Energie

Ein Großteil – ungefähr 100 Menschen – sind nach Ennepetal gezogen. Dort wohnen sie nun abgeschottet in ehemaligen Werkswohnungen am Waldrand. Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Schulen sind mehrere Kilometer entfernt. Für Duisburger Aktive ein herber Schlag: „Niemand von den Kindern aus den Peschen geht dort wie in Rheinhausen weiter zur Schule, besucht einen Sportverein, Computerclub oder Kulturprojekte wie Bahtalo“, sagt Annegret Keller-Steegmann vom Kinder- und



Jugendtheaterprojekt Bahtalo. Sie muss zusehen, wie sich Erfolge ihrer sozialen Arbeit in Luft auflösen: „Das ist verbranntes Geld und verbrannte Energie“, so Keller-Steegmann.

Aber warum haben die Menschen Duisburg verlassen, um in eine isolierte Siedlung zu ziehen? „Laut Aussagen von Familien ist das Objekt in Ennepetal von ZOF e.V. vermittelt worden, der das zwar nicht bestätigt, das ‚Unternehmen Ennepetal‘ aber positiv beurteilt“, sagt Keller-Steegmann. Pikant dabei: Der Verein „Zukunft Orientierte Förderung“ (ZOF e.V.) sollte mit Sozialarbeiter*innen die Situation der Roma in Duisburg eigentlich verbessern. In der Vergangenheit war der Verein in die Kritik gekommen, weil Aktivist*innen ihn nur noch als verlängerten Arm des Vermieters angesehen hatten.

Und auch die Stadt Duisburg ist aktiv geworden. Sie hat dem Inhaber der Häuser, dem Duisburger Bordellbesitzer Branko Barisic 1,3 Millionen Euro für die beiden Hochhäuser geboten. Oberbürgermeister Sören Link stellte aber eine Bedingung: Die Stadt kaufe nur, wenn die Häuser leer gezogen seien, erklärte er in der WAZ. Damit wurde weiter Druck auf die Menschen in den Peschen aufgebaut.

Jetzt rudert die Stadt aber zurück: „Das Kaufangebot stand lediglich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rates und der Gewährung von Fördermitteln“, so Pressesprecherin Anja Kopka auf aktuell-Anfrage. Damit distanziert sich die Pressestelle von den populistischen Aussagen des eigenen Oberbürgermeisters.

Auch die CDU Duisburg hatte mit dem Thema Wahlkampf betrieben: Sie hatte unter dem Slogan „Missstände beenden – Duisburg kann besser“ auf einem Wahlplakat ein altes Foto von einem Hochhaus abgebildet, vor dem sich Müllberge türmen. Die SPD hatte damals von einem „Wahlkampf auf dem Rücken der Zuwanderer“ gesprochen. Das Kaufangebot und Links Forderung empören deshalb Initiativen gegen Antiziganismus: „Interessiert sich die Stadt überhaupt nicht, was mit den Menschen geschieht? Damit werden die Methoden des Vermieters aus dem Rockermilieu unterstützt, mit denen die Stadt sonst nie kooperieren würde“, so Leo Meier von der Initiative gegen Duisburger Zustände.

„Integrationsfähig“?

Zumindest hat die Stadt Duisburg das Projekt „Probewohnen“ ins Le-

ben gerufen und zusammen mit der Gebag, der Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie vier Familien neue Wohnungen und Betreuung verschafft. Das Modellprojekt soll jedoch nicht auf die verbleibenden zehn Familien in den Peschen ausgeweitet werden. Die Stadt beurteilt die restlichen Bewohner*innen nämlich als angeblich „nicht integrationsfähig“. Duisburger Initiativen kritisieren dieses Vorgehen scharf: „Wer legt fest, welche Menschen diese hohe Förderung bekommt und welche nicht? Das klingt für uns nach einem bloßen Vorzeigeprojekt“, so Leo Meier von der Initiative gegen Duisburger Zustände.

Ob das Haus jetzt an die Stadt verkauft wird oder nicht – Aktive aus der Duisburger Zivilgesellschaft wie Annegret Keller-Steegmann fordern bereits lange bessere Perspektiven für die Menschen, die gezwungen sind in den Schrott-Immobilien zu wohnen: „Wir wünschen uns für die Familien ein angstfreies und menschenwürdiges Leben mit entsprechenden Bildungs- und Integrationsmöglichkeiten, ohne Diskriminierung und nicht in einem Ghetto.“ Aber: „Das trifft in Ennepetal nicht zu. Das trifft auch in den Peschen nicht zu, solange die Häuser kein offenes Quartier sind“, so Keller-Steegmann weiter.

Für die Menschen, die derzeit noch in den Häusern leben, versucht jetzt die neu gegründete Genossenschaft Chero Neo e.G. günstigen Wohnraum zu vermitteln. Mit kleinen Beiträgen von Vielen soll so den Roma geholfen werden, die sich jetzt beispielsweise eine Kautionsleistung leisten können: „Wir brauchen um die 1.000 Euro pro Familie für die Kautions- und Ausfallbürgschaften“, sagt Keller-Steegmann. Wieder werden notgedrungen Bürger*innen aktiv, während die Stadt sich der Verantwortung in Duisburg entzieht. [mac]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT**



Keine Eintracht ohne Kaiser

Die Zersplitterung Europas ist die Zersplitterung des Konservatismus. Wer sich heute konservativ schimpft, vertraut nicht mehr auf Schöpfung und Gottesgnadentum, sondern erblickt im Spiegel die nackte Fratze des darwinistischen Überlebenskampfes, in der er das Grundprinzip menschlicher Gesellschaft sieht. Des Bürgers Ideologie ist eine Lehre der Zwietracht, die sie sämtliche Spiegel zerschlagen lässt, um der gottesfernen Trostlosigkeit zuletzt Herr zu bleiben.

Rechts gilt dem heutigen Rechten als ein Schimpfwort, konservativ dem Konservativen und traditionell dem Traditionellen. Ein jeder, der sie beim Namen nennt, gilt ihnen sogleich als König der Lüge. Die bürgerliche Ideologie verleugnet, was sie ist anstatt dem Bewußtsein Platz zu machen, daß allein die natürliche Ordnung der Dinge, wie sie in der absoluten Monarchie zum Ausdruck kommt, Eintracht zu stiften vermag, wo bürgerliche Irrlehren bloß Zwietracht ernten.

Wir sind Monarchist und im Gegensatz zu den selbsternannten Verteidigern der Meinungsfreiheit, ist es uns keine Schande, dies auszusprechen. Nur ein Kaiser könnte es hingegen mit dem bürgerlichen Zeitgeist aufnehmen, und immer mehr wird diesem in einem demokratisch zersplitterten Europa der Weg bereitet. Der Kaiser soll den Dingen ihre ursprünglichen Namen zurückgeben, auf daß sie ihrem göttlichen Zwecke wieder zu entsprechen vermögen. Erst dann wird das Volk sein Spiegelbild wieder zu ertragen vermögen.

**Hochachtungsvoll,
Freidrich von Einhalt**

Duisburg: Deutlicher Rechtsruck

Pro NRW, NPD, und AfD werden im neuen Duisburger Stadtrat vertreten sein. Mit zusammen etwa zehn Prozent der Stimmen erhalten die rechten Parteien besonders starken Zuspruch. Die Wahlbeteiligung ließ zu wünschen übrig und sank im Vergleich zur Kommunalwahl 2009 von 45,7 auf 42,66 Prozent. Ein Stimmungsbild aus dem Duisburger Rathaus.

Als die ersten Ergebnisse bekannt gegeben werden, zeigen sich im Ratssaal keine Vertreter*innen von Pro NRW und NPD. Dafür ist die Alternative für Deutschland (AfD) mit ihren Kandidat*innen anwesend. Nach dem Bekanntwerden der ersten Hochrechnungen herrscht bei den meisten Anwesenden eine Mischung aus Schock über die überdurchschnittlich hohen Stimmanteile der Rechten, aber auch obligatorische Freude über eigene Ergebnisse. Viele Lokalpolitiker*innen scheinen nicht recht zu wissen, was sie mit den Ergebnissen der rechten Parteien anfangen sollen.

Zuwendungen im Millionenbereich

Die rassistische und islamfeindliche Partei Pro NRW etwa erhält 4,27 Prozent der Stimmen und zieht somit mit vier Sitzen in den Stadtrat ein. Die Fraktion kann

deshalb mit hohen Zuwendungen durch die Stadt rechnen: So wird der zukünftige Fraktionsvorsitzende eine dreimal so hohe Aufwandsentschädigung erhalten wie ein gewöhnlicher Stadtrat, außerdem gibt es mehr Mittel für Räumlichkeiten und Angestellte. Insgesamt werden die Zuwendungen in der sechsjährigen Legislaturperiode im Millionenbereich liegen. Gleiches gilt für die AfD und ihre drei Ratsherren. Die Neonazi-Partei NPD ist dagegen nur mit einem Sitz im Stadtrat vertreten und wird keine Fraktionsprivilegien genießen.

Duisburger Verhältnisse

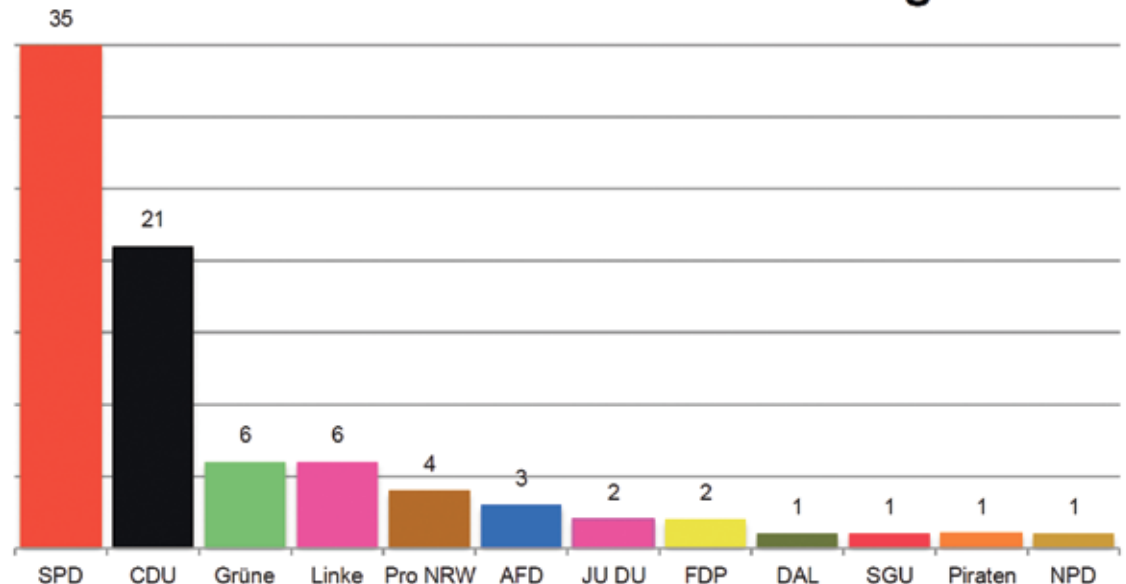
Bei der CDU sieht man die Ursachen für den Erfolg der rechten Parteien indes bei den Europawahlen und macht trotz der landesweit überdurchschnittlichen Ergebnisse keine besonderen Duisburger Verhältnisse aus. So soll der allgemeine Rechtsruck in Europa mitverantwortlich für die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Duisburg sein. Dass Pro NRW in keiner weiteren Ruhrgebietsstadt ein ähnlich gutes Ergebnis einfahren konnte, irritiert die Duisburger CDU zumindest offiziell nicht. Kritiker*innen gehen dagegen davon aus, dass die Rechten insbesondere aus der rassistischen Stimmung rund um die Auseinandersetzung um die Häuser In den Peschen Profit

schlagen konnte. Dass sich auch Vertreter*innen der Stadt und der etablierten Parteien im Kampf um Zustimmung rassistischer Ressentiments bedienen (siehe Seite 1), könnte dazu beigetragen haben.

Geht es weiter mit rot-rot-grün?

Die bisher regierende Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei hat sich auch diesmal eine Mehrheit im Rat gesichert. Mit 35 Sitzen für die Sozialdemokrat*innen und jeweils sechs für Grüne und Linke können die Parteien ihre politische Zusammenarbeit fortsetzen. Ob die Koalition gut für Duisburg ist, sei dahingestellt, haben doch die Parteien etliche umstrittene Projekte mitgetragen: So auch das geplante Duisburger Outlet Center, welches bei Anwohner*innen stark in der Kritik steht. Für das Outlet hat sich neben der SPD besonders die Linkspartei stark gemacht. Schließlich würden mit dem Projekt Arbeitsplätze entstehen, so die Argumentation. Dass diese vor allem im Niedriglohnbereich angesiedelt sind, gegen den sich die Linkspartei ansonsten ausspricht, übergeht der ehemalige Fraktionschef Hermann Dierkes. Ebenso haben Grüne und Linke den massiven sozialen Kahlschlag der SPD mitgetragen und über 700 Stellen in der Verwaltung abgebaut. [DanKe]

Sitze im Rat der Stadt Duisburg



Wahlsieg der Sonstigen in Essen

Der neue Essener Stadtrat ist seit Sonntag gewählt. Während sich die Ergebnisse der größeren Parteien im Vergleich zur Kommunalwahl von 2009 kaum verändert haben, ziehen nun zahlreiche neue Parteien in den Rat ein. Zum einen kommen die rechten Parteien NPD, AfD und Pro NRW gemeinsam auf sechs der 90 Sitze, zum anderen freuen sich aber auch Piraten und Die Partei über den Einzug in den Stadtrat. Die Koalitionsmöglichkeiten sind nun vielfältig, für das bisherige Viererbündnis aus CDU, Grünen, Essener Bürgerbündnis und FDP reicht es allerdings nicht zur Mehrheit.

Obwohl die SPD in Essen den Oberbürgermeister stellt, musste dieser in der vergangenen Legislaturperiode mit einer erweiterten Jamaika-Koalition regieren. Erst im kommenden Jahr wird dieser neu gewählt. Amtsinhaber Paß erklärte am Wahlabend aber bereits, dass er unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen erneut antreten wird. In Verhandlungen zwischen SPD und Grünen war es nach der letzten Kommunalwahl zu keiner Einigung gekommen, weshalb das ungewöhnliche Viererbündnis entstand. Neben einer Großen Koalition wären im neuen Stadtrat außer Rot-Rot-Grün nur Bündnisse aus vier oder mehr Parteien möglich.

Bleibt alles anders?

Die Essener Grünen konnten ihr Ergebnis von 2009 halten, obwohl sie für die Zusammenarbeit mit der CDU sowie die Unterstützung des erfolgreichen Bürgerentscheids zum Messe-Ausbau Kritik von unterschiedlichen Seiten bekommen hatten. Gönül Eglence, Vorstandssprecherin der Essener Grünen meint, dass das Wahlergebnis ihrer Partei weder Anlass für lange Gesichter noch zum Jubeln gibt. „Wir hatten viel Arbeit mit dem Bürgerentscheid und wurden, anders als von vielen prophezeit, nicht dafür abgestraft.“ Die SPD habe nach der geplatzen Koalition von 2009 jetzt einen ganz anderen Tonfall, erklärt sie: „Die haben gemerkt,



Während im Rathaus Ernüchterung vorherrscht, ist bei der Partei lange niemand mehr nüchtern. (Foto: aGro)

dass wir uns nicht herumschubsen lassen.“ Nun erwarten die Grünen Einladungen von SPD und CDU und wollen nach den Inhalten entscheiden. „Selbstverständlich werden wir kein Wort mit der AfD reden“, betont Hiltrud Schmutzler-Jäger, die auf Listenplatz eins angetreten war.

Die linke Spitzenkandidatin Gabriele Gieseke ist ähnlich zufrieden mit den fünf Sitzen ihrer Partei. Man wolle bei Gesprächen klar für soziale Positionen eintreten und hoffe auf eine „fortschrittliche Mehrheit“, erklärte sie gegenüber aktuell. „Der Rat wird bunter, leider wurden aber auch die Rechten gestärkt.“ Im alten Stadtrat hatten die neonazistische NPD und die rechtskonservativen Republikaner jeweils nur einen Sitz. Nun wird letzterer zwar frei, zur NPD gesellen sich allerdings zwei Ratsmitglieder der rassistischen Partei Pro NRW, sowie drei AfDler*innen, die damit in Fraktionsstärke vertreten sind und zusätzliche Privilegien erhalten.

Piraten sind begehrt

Die Piratenpartei gehört ebenfalls zu den Gewinner*innen der Wahl. „Die anderen Parteien rennen uns schon jetzt die Tür ein“, erklärt Spitzenkandidat Kai Hemsteeg gegenüber aktuell. Er freut sich, dass das Ergebnis der

Essener Piraten deutlich über dem Landesschnitt liegt, bedauert aber, dass sie aufgrund von Problemen auf Bundesebene nicht in Fraktionsstärke einziehen konnten. Bei Verhandlungen sollen Digitalisierung und Bildung im Mittelpunkt stehen. Als Polizeibeamter setze er seinen persönlichen Schwerpunkt auf die Korruptionsbekämpfung. Er will außerdem, dass die Universität Duisburg-Essen einen richtigen Namen bekommt. „Alfred Krupp-Universität“ habe er bereits vorgeschlagen. Horst Schimanski als Namenspatron gefalle ihm aber auch.

Während im Rathaus trotz Freibier eine eher gedrückte Stimmung herrschte, wurde im Panic Room bei den Unterstützer*innen von Die Partei laut gefeiert. Matthias Stadtmann hat es überraschend in den Rat geschafft. Bei der vorletzten Wahl zum Essener Oberbürgermeister war er bereits parteilos angetreten. „Damals habe ich mit 2,3 Prozent mehr geholt als die FDP und das mit Vadders Kopiermaschine“, erzählt er. Auch in diesem Jahr sei es nach dem Do-It-Yourself-Prinzip gelaufen. Bands haben ohne Gage im Panic Room gespielt, um den Wahlkampf zu finanzieren. Angesprochen darauf, dass hier auffällig viel Punkrock läuft und auffällig

wenige Mitglieder der Essener Partei den eigentlich obligatorischen Polyesteranzug mit roter Krawatte tragen, macht Stadtmann keinen Hehl aus dem Hintergrund: „Der ehemalige APPD-Verband hat Die Partei gekapert und für seine schmierigen Wahlkampfzwecke ausgeboitet“, sagt er und legt wert auf die Schreibweise mit „oi“. Nun möchte er die Rüttenscheider Straße nach dem Schlagersänger René Pascal umbenennen und die Stadt atomar bewaffnen. „Essen ist im Kulturhauptstadtjahr ins Visier der Islamisten geraten und sollte Atombomben haben“, argumentiert der bescheidene Wahlsieger. „Ich möchte dann den roten Knopf bedienen.“ [aGro]

VORLÄUFIGE SITZVERTEILUNG IM ESSENER RAT:

SPD: 31 (34 %)
CDU: 28 (31,5 %)
Grüne: 10 (11,2 %)
Linke: 5 (5,3 %)
EBB: 4 (4,3 %)
FDP: 3 (3,3 %)
AfD: 3 (3,8 %)
Piratenpartei: 2 (1,9 %)
Pro NRW: 2 (1,7 %)
NPD: 1 (0,6 %)
Die Partei: 1 (0,8 %)

Auf dem Maidan in Kiew

Wieder ein Oligarch als Staatschef: In der Ukraine hat am Sonntag der Süßwaren-, Schiffs- und Waffenfabrikant Petro Poroschenko mit Abstand die Präsidentschaftswahlen für sich entschieden. Wie es in dem krisengeschüttelten Land politisch weiter geht, ist trotzdem noch unklar. Zwei Wochen vor der Wahl, zum Höhepunkt des ukrainischen Wahlkampfes, war akduell-Redakteur Rolf van Raden im Rahmen einer Studien- und Recherchereise des Deutsch-Französischen Jugendwerks in der Ukraine unterwegs – auch in Kiew, wo der zentrale Unabhängigkeitsplatz bis heute von tausenden zum Teil paramilitärisch organisierten Demonstrant*innen besetzt ist.



Barrikaden versperren den Zugang zum Maidan. Im Hintergrund: Das ausgebrannte Gewerkschaftshaus, das der Opposition als Hauptquartier diente.



Selbstgebaute Kanonen, mit denen Molotow-Cocktails verschossen werden können. Dahinter: Utensilien zum Bau von Molotow-Cocktails.



Mitglieder des Rechten Sektors. Die militant rechte Gruppe ist auf dem Maidan nicht in der Mehrheit, aber sichtbar präsent.



Checkpoint der Selbstverteidigungstruppen des Maidan. Wer hier lang fahren will, wird durchsucht.



Symbolisch an der Laterne aufgeknüpft: Eine Figur in der Uniform der Kommunistischen Partei der Ukraine.

TIPPS & TERMINE



Brick Film Festival am 31.05.

(Foto: stick_kim / flickr.com, CC BY-NC 2.0)

MITTWOCH, 28.05.

Metropolis

Auf fünf Floors können die Besucher*innen durch Metropolis reisen: In allen Bereichen der Party gibt es Elektronisches auf die Ohren. „Rauchende Kamine, vernebelte Atmosphäre und tiefe Frequenzen“ versprechen die Veranstalter*innen.

► ab 23 Uhr, Druckluft, Am Förder-turm 27, Oberhausen, Eintritt 6 Euro

MITTWOCH, 28.05.

Maskulinismus und Antifeminismus

Sie inszenieren sich als Opfer der Gleichberechtigung: Die Soziologin Ilse Lenz referiert und diskutiert über die antifeministische Bewegung der „Maskulisten“ und „Männerrechtler“.

► Ab 19 Uhr, Soziales Zentrum, Josephstr. 2, Bochum

DONNERSTAG, 29.05.

Deutschland im 1. Weltkrieg

Das Theater THESTH geht auf Spurensuche: „1914 – Schönheit und Schrecken“. Eine Collage aus Briefen, Tagebuchauszügen und Erzählungen. Weitere Termine bis zum 14. Juni.

► Ab 19 Uhr, Haus Grotehof, Raumerstr. 74, Essen, Eintritt 10 Euro

Ukraine: Keine einfachen Antworten



Foto: rvr

Ein gekapertes Wasserwerfer dient als Kontrollposten der Selbstverteidigungsgruppen. Andere erbeutete Polizeifahrzeuge fahren noch.

Allen einfachen Erklärungsansätzen zum Trotz: In der Ukraine hat es keinen faschistischen Putsch gegeben. Die Einbindung ultranationalistischer Organisationen in zentrale politische Prozesse ist trotzdem besorgniserregend. Ein Kommentar von Rolf van Raden.

Frankreich, Dänemark, Österreich nach den Europawahlen: Rechte Parteien haben Ergebnisse von zum Teil über 20 Prozent erzielt. In Griechenland wird die offen neonazistische Goldene Morgenröte drittstärkste Kraft. Welch vordergründig andere Meldungen hören wir da aus der Ukraine: Bei den Präsidentschaftswahlen hatten die Kandidaten der rechtsradikalen Parteien nicht den Hauch einer Chance. Ist die Angst vor der Swoboda-Partei und vor dem militanten Rechten Sektor also nur eine Mischung aus westlicher Hysterie und russischer Propaganda?

Leider nicht. Das besonders Verstörende an der Situation in der Ukraine ist nämlich nicht, dass es dort ultranationalistische Organisationen gibt. Die gibt es anderswo in Europa

auch, und auch dort versuchen sie, mit sichtbaren Symbolen eine Hegemonie im öffentlichen Raum zu erlangen. Bei einer Reise durch die Ukraine fällt ein Unterschied allerdings sofort auf: Widerstand gegen die rechten Hegemonieansprüche sieht man hier kaum. Ultranationalistische Plakate werden nicht abgerissen, übermalt oder kommentiert. Mit einer Strategie der Besetzung öffentlicher Räume sind die nationalistischen Organisationen erfolgreich.

Damit ist allerdings längst noch nicht alles gesagt. Ein genauer Blick ist nötig, um zu verstehen, was die rechten Symboliken genau bedeuten, und welche Inhalte zum Beispiel mit dem Kult um den faschistischen Partisanenführer Stephan Bandera verbunden sind (siehe aktuell Nr. 59). Sind nun alle, die Bandera als Nationalheld verehren, selbst Faschist*innen? Nein, sind sie nicht. Viele beziehen sich dabei nämlich nicht positiv auf Banderas zeitweilige Kollaboration mit den Nazis während des Zweiten Weltkriegs, sondern streiten diese historischen Fakten sogar ab. Insgesamt

ist rund um Bandera eine revisionistische Geschichtsschreibung verbreitet, in der auch seine Rolle als faschistischer Politiker geleugnet wird. Auch die Mitverantwortung der Partisanenarmee OUN-B für Pogrome, Vertreibungen und Massenmorde wird abgestritten. So können sich Nationalist*innen unterschiedlicher Couleur heute positiv auf die nationalistischen Partisanen beziehen.

Dieser Geschichtsrevisionsmus ist aber kein beruhigendes Phänomen, etwa nach dem Motto: Die ultrarechten Symbole bedeuten dann ja was anderes, sind also harmloser. Vielmehr ermöglicht die selektive Rezeption der Geschichte aktuell eine Entwicklung in den rechten Organisationen, die in gewissen Zügen der Bewegungsphase der Faschist*innen im Italien 1919 bis 1921 gleicht: Besetzung öffentlicher Räume, Inszenierung als oppositionelle Anti-Partei gegen korrupte Machthaber*innen, Institutionalisierung der Macht im Duktus der Opposition.

Weil die Stärke der rechten Organisationen in der Ukraine sich aktuell aus einem Oppositions-Duktus heraus speist (obwohl Swoboda inzwischen in der Westukraine institutionell stark verankert ist), ist es falsch, davon zu sprechen, Faschist*innen hätten die Macht übernommen. An den Schalthebeln der Macht sitzen nach wie vor vor allem Oligarch*innen und Mitglieder eines seit jeher staatsnahen Establishments. Aber es gibt eine Bewegungsphase ultrarechter Organisationen. Der militant-paramilitärische Rechte Sektor konnte innerhalb von nur sechs Monaten zu einer Massenorganisation mit wohl etwa zehntausend Mitgliedern werden. Das Establishment reagiert

darauf mit einer Strategie der Einbindung der rechten Kräfte, um sie zu zähmen, und um die Frustration über die Verhältnisse nationalistisch nach außen zu kanalisieren, insbesondere in Richtung Russland.

Tatsächlich scheint die rechtsradikale Swoboda-Partei durch ihre Regierungsbeteiligung an Zustimmung zu verlieren. Gleichzeitig entsteht durch die strukturelle Einbindung aber eine neue institutionelle Basis, auf welche die Rechten aufbauen können. Insbesondere scheint die Strategie für den Rechten Sektor aufzugehen: Mitglieder der paramilitärischen Gruppe regieren offiziell nicht mit, lassen sich aber in staatliche Sicherheitsorgane integrieren. Gleichzeitig weigert sich die Organisation trotzdem, ihre Waffen abzugeben und das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen, wodurch sie weiterhin als widerständige ‚Hüterin der Revolution‘ wahrgenommen wird, die es ‚denen da oben‘ zeigt.

Dass die rechtsradikalen Kandidaten bei den Wahlen am Sonntag unbedeutend geblieben sind, widerlegt diese Beobachtungen keineswegs. Schließlich fand keine Parlamentswahl statt, sondern nur eine Präsidentschaftswahl. Hier gewinnt, wer am Ende mehr als 50 Prozent der Stimmen holt. Weil ausgemachte Sache war, dass der Posten sowieso an einen Oligarchen geht, spiegelt sich im Ergebnis nicht die tatsächliche prozentuale Zustimmung zu Swoboda und Rechtem Sektor wider. Trotzdem wären beide Gruppen auch bei Parlamentswahlen aktuell weitab einer Mehrheit. Das beruhigt angesichts der Bereitschaft der konservativen und liberalen Kräfte, Bündnisse mit ihnen zu bilden, allerdings nur bedingt.

DONNERSTAG, 29.05.

Hörspiel: Mord im Planetarium

Der vom Schriftsteller Henning Mankell geschaffene Kultkommissar Kurt Wallander löst einen Fall im Planetarium. Ein spannendes Hörspiel unter Sternen garantiert ein faszinierend-intensives Hörerlebnis mit Gänsehaut-Faktor!

► 20 Uhr, Zeiss-Planetarium Bochum, Tickets ab 2 Euro

FREITAG, 30.05.

Metro Mara - Konzert

Mit ihrer Musik versuchen die fünf Musiker*innen aus Holland, Neuseeland, Luxemburg und Deutschland das Alte mit dem Neuen zu verbinden und eine Brücke zwischen komplexer Jazzharmonie und urbanem Flair zu schlagen.

► Ab 19:30 Uhr, Rottstraße 5 Theater, Rottstr. 5 Bochum, Eintritt Studierende: 7 Euro

FREITAG, 30.05.

Swing 'n' Beton

Zum letzten Mal vor der Sommerpause bitten die Gastgeber der Elektro Swing Party zum Tanz in Beton. Mit einem Liveset des Konfetti Klub Ensembles sowie DJ Casio und DJ Martini soll die Party was ganz besonderes werden.

► Ab 23 Uhr, Goethebunker, Goethestr. 67, Essen, Eintritt 9 Euro

SAMSTAG, 31.05.

Steinerei Brick Film Festival

Bereits zum zehnten Mal findet das deutsche Brickfilm-Festival statt. Hier werden ausschließlich mit Legosteinen und -figuren produzierte Filme gezeigt. Das Publikum und eine Jury entscheiden schließlich über den besten Film.

► Ab 12 Uhr, Roxy Kino, Münsterstr. 95, Dortmund, Tickets ab

Darf man Nazis Nazis nennen?

„Immer das laut zu sagen, was ist“ – nach Rosa Luxemburg die revolutionärste Tat. Ob Jan Delay revolutionär handeln wollte, als er Heino einen Nazi nannte, könnte man infrage stellen. Aber es ist nicht der einzige Fall, in dem eine zugegebenermaßen krasse Kritik an einer Person rechtliche Folgen hatte. Wie weit darf persönliche Kritik gehen und wann ist die Grenze zur Beleidigung überschritten?

Auch Jutta Ditfurth steht nun rechtlicher Ärger ins Haus: Sie nannte in der 3-Sat-Sendung „Kulturzeit“ Jürgen Elsässer einen „glühenden Antisemiten“. Elsässer selbst fällt indes häufig durch Beleidigungen auf: Erst kürzlich beschwerte er sich auf seinem Blog über die ESC-Gewinnerin Conchita Wurst als Ausdruck des „Gender-Mainstreams“.

Derjenige, der sich so über die „Mainstream-Medien“ echauffert, der vorgibt, die Meinungsfreiheit in Gefahr zu sehen, geht nun mit einer einstweiligen Verfügung gegen Jutta Ditfurth vor. Sie soll ihn nicht mehr einen „glühenden Antisemiten“ bezeichnen dürfen. Bei Zuwiderhandlung fordert er laut Ditfurth „eine Ordnungshaft bis zu 6 Monaten oder ein Ordnungsgeld von höchstens 250.000 Euro.“ Jutta Ditfurth schlägt zum Gegenangriff und bittet auf ihrer Facebook-Seite ihre Freund*innen, ihr Material zu schicken, das belegt, dass Elsässer ein Antisemit ist.

Elsässer gilt als einer der Gallionsfiguren der neurechten Montagsdemonstrationen. Nachdem er sich während der Wende als antideutsch und während des Irakkriegs als antiimperialistisch gab, verfolgt er seit ein paar Jahren eine Querfrontstrategie: „Nicht links gegen rechts, sondern unten gegen oben“, sagte er vor rund einem Monat auf einer „Friedensdemonstration“ in Berlin. Das passt zu seiner „Volksinitiative gegen das Finanzkapital“, die sich 2009 nach Elsässers Aufruf gründete. Hier sind auch Vertreter*innen der extrem Rechten gern gesehene Gäste; Elsässer kassiert regelmäßig Beifall von der NPD-Jugendorganisation.



Foto: Fra

Sowohl bei Jan Delays als auch bei Jutta Ditfurths Fall stellt sich die Frage: Wo hört die Meinungsfreiheit auf, wo fängt die Beleidigung oder Verleumdung an? Um sich auf die Meinungsfreiheit berufen zu können, muss es sich zunächst auch um Meinung handeln, nicht um eine Tatsachenbehauptung. Tatsachen lassen sich beweisen, Meinungen können nicht überprüfbar sein. Was ist also die Bezeichnung „Nazi“ und „Antisemit“? Lässt es sich beweisen, ob jemand ein Nazi und/oder Antisemit ist? Und falls ja, anhand welcher Kriterien lässt sich das feststellen?

Bundesverfassungsgericht: „rechter Dreck“ keine Beleidigung

Vor fast zwei Jahren fällte das Bundesverfassungsgericht hierzu eine interessante Entscheidung. Der Fall: Ein Anwalt schreibt in einem Internetforum, das Wirtschaftsgeschehen werde von einigen wenigen jüdischen Familien gelenkt und das Grundgesetz sei „ein Instrumentarium der Siegermächte“. Das sei „rechter Dreck“, warf ein weiteres Forumsmitglied, ebenfalls Anwalt, ihm daraufhin vor. Das hatte eine Unterlassungsklage zur Folge, der zunächst vorm Landgericht Würzburg stattgegeben wurde, weil der rechte Anwalt in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt worden sei. Alle höheren Gerichte

gehen dagegen davon aus, dass es sich nicht um eine Tatsachenbehauptung handle, jemanden als rechts oder Nazi zu bezeichnen. Es sei vielmehr eine Meinung, weil „eine solche Wertung (...) einem Beweis nicht zugänglich“ sei. Im konkreten Fall urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass, wer eine öffentliche Diskussion anstößt, auch mit mitunter scharfen Reaktionen rechnen muss, auch dann, „wenn sie sein Ansehen mindert“.

Doch nicht jede Meinung darf auch geäußert werden. Karsten Gulden, Fachanwalt für Medien- und Urheberrecht, erklärt: „Formale Beleidigungen und Schmähungen sind nicht mehr vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Bei der isolierten Bezeichnung „Nazi“ handelt es sich grundsätzlich um eine solche Schmähung oder Beleidigung.“ Eine Schmähung? Das ist eine Aussage, bei der nicht mehr die Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Diffamierung einer anderen Person im Vordergrund steht.

Als Jan Delay Heino einen „Nazi“ nannte, tat er das nicht völlig losgelöst, sondern bezog sich auf seine Vertonung des Soldatenlieds „Schwarzbraun ist die Haselnuss“ und auf seine Auftritte in Südafrika in Zeiten der Apartheid. Also: Schmähkritik oder erlaubte Meinungsäußerung? Karsten Gulden meint,

die konkrete Abwägung müsse ein Gericht durchführen. Das hat sich aber mittlerweile erledigt: Jan Delay unterzeichnete die Unterlassungserklärung von Heinos Anwalt und zahlte ein Schmerzensgeld von 20.000 Euro, nebst Anwaltskosten.

Auswirkung auf Aktivist*innen

Solche Rechtsstreitigkeiten haben auch Auswirkungen auf die anti-rassistische Arbeit vor Ort. Max Adelman vom Bündnis „Essen stellt sich quer“ erklärt gegenüber aktuell: „Jemanden einen Nazi zu nennen, kann durchaus rechtliche Folgen haben. Daher machen wir das nur, wenn wir über ein entsprechendes Wissen über eine Person verfügen.“ Hierbei verlasse sich das Bündnis auf Presseartikel oder auch auf den Verfassungsschutzbericht. „Wenn jemand offensichtlich extrem rechtes Gedankengut vertritt, gibt es aber keinen Grund, ihn nicht auch einen Nazi nennen.“

Fraglich bleibt, wie sich Aktivist*innen gegenüber Rechtspopulist*innen rechtlich unbedenklich verhalten können. Sollten einstweilige Verfügungen wie die von Heino und Elsässer Schule machen, könnte eine spontane, zugespitzte Kritik kaum möglich sein. Außer, man recherchiert vorher um im möglichen Rechtsstreit seine Aussage mit Beweisen untermauern zu können. Aber das kann niemand wollen. [Fra]

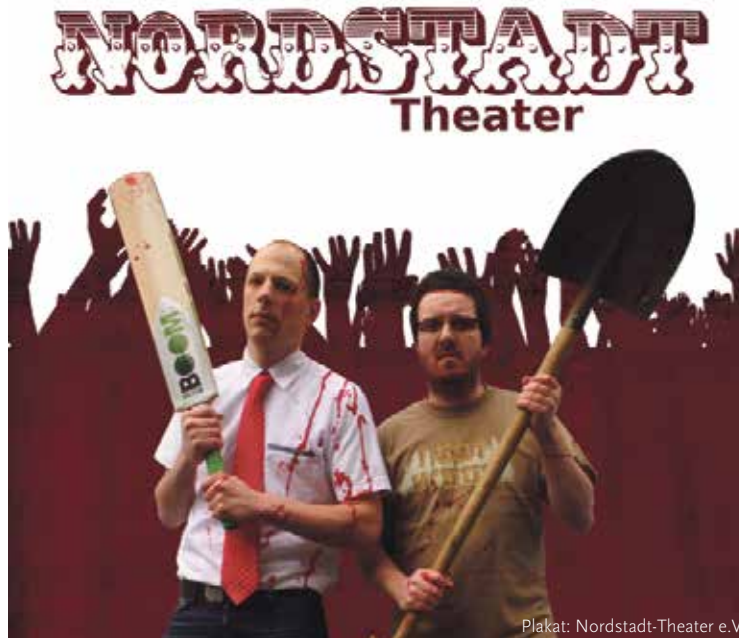
Zombies in der Nordstadt

Am vergangenen Wochenende blieb die große Leinwand des Roxy-Kinos in der Dortmunder Nordstadt für vier Abende leer. Stattdessen wankten Zombies durch die Publikumsränge. Grund dafür war die Bühnenadaption der Horror-Komödie „Shaun of the Dead“, die von Donnerstag bis Sonntag für volle Sitzreihen sorgte. Der Eintritt war dabei völlig kostenlos. Allein zur Unterstützung des Nordstadt-Theater e.V. sammelten zwei Zombies am Schluss Spenden – stilecht in einem abgetrennten Beinstumpf.

Die Gruppe Nordstadt-Theater ging 2010 aus der AStA-Theatergruppe der TU Dortmund hervor und beschreibt sich als „freie, unkonventionelle und multikulturelle Theatergruppe aus dem Norden der schönsten Revierstadt“. Das Laienensemble brachte in der Vergangenheit bereits Filmklassiker wie „Four Rooms“ und „Life of Brian“ auf die Bühne. „Shaun of the Dead“ ist eine englische Liebeskomödie, die das Zombie-Genre parodiert und trotz allem Slapstick und Splatter vor allem von ihren liebenswerten Charakteren lebt.

Eine Liebeskomödie mit Zombies

Der sympathische Loser Shaun (Jesus C. Meyendriesch) ist Anfang Dreißig und geht mit seinem dauerbreiten Mitbewohner Ed (Nils Fonteyne) am liebsten in den Pub Winchester. Bei ihm häufen sich aber nun die Probleme: Shauns Freundin Liz (Gesa Schölgens) macht Schluss, weil sein Lebensstil ihr zu langweilig ist. Ed soll aus der Wohngemeinschaft geschmissen werden und zu allem Überfluss droht auch noch eine Zombie-Apokalypse. Nachdem die Freunde erste Untote für Betrunkene gehalten und sämtliche Nachrichten weggezappt haben, dämmert den Beiden endlich, in welcher Situation sie sich befinden. Sie schlagen sich mit Schaufel und Cricketschläger bewaffnet zu Shauns Mutter durch und flüchten sich schließlich gemeinsam mit Liz in die scheinbar sichere Stammkneipe, wo es zum Showdown kommt.



Plakat: Nordstadt-Theater e.V.

Die Bühne vor der großen Kinoleinwand ist klein und spartanisch ausgestattet. Trotz des minimalistischen Bühnenbildes gelingt es durch eigens produzierte Filmsequenzen sehr gut, die Wechsel zwischen Handlungsorten nachvollziehbar zu machen. Allein die Marschmusik, die während der Umbaupausen Teile des Publikums zum rhythmischen Klatschen verführt, hätte nicht unbedingt sein müssen. Es erweist sich jedenfalls als eine gute Idee, einen Großteil der Actionszenen per Video einzuspielen, denn wenn Shauns Cricketschläger geräusch- und berührungslos Untote erschlägt, wirkt das nicht unbedingt realistisch. Aber wer will auch realistische Zombie-Gemetzel?

Obwohl die Handlung eigentlich in London spielt, wurden ei-

nige Szenen ruhrgebietstypisch umgeschrieben. „Wer wird Deutscher Meister“, gröhlen Shaun und Ed betrunken auf dem Heimweg. Ein entgegenkommender Untoter stößt darauf einen Laut aus, der sich wie „Schalke“ anhört und sorgt für einen sicheren Lacher. Ansonsten haben die Untoten keinerlei Text. Sie schlurften vor der Bühne herum, tauchen mitten im Publikum auf und fallen die Darsteller*innen an. In der Vorstellung am Samstag bekamen die Zombie-Horden sogar unerwartete Verstärkung von vier Gästen, die sich ebenfalls entsprechend verkleidet hatten und in Sachen Make-Up die meisten Darsteller*innen in den Schatten stellten. Sie wurden kurzerhand in das Stück integriert und verstärkten die untoten Horden. [aGro]



KURZMELDUNGEN

Nazis wollten Dortmunder Wahlparty stürmen

Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es am Wahlabend in Dortmund: Als circa 25 Nazis von „Die Rechte“ das Rathaus stürmen wollten, wo die Wahlergebnisse bekannt gegeben wurden, und sich ihnen rund 150 Antifaschist*innen in den Weg stellten, setzten die Nazis Pfefferspray ein. Sie verprügelten unter anderem den Spitzenkandidaten der Piratenpartei, der mit einer Platzwunde am Kopf ins Krankenhaus gebracht werden musste. Weitere Antifaschist*innen mussten vor Ort wegen Verletzungen durch Pfefferspray und geworfene Glasflaschen behandelt werden. Der Dortmunder Stadtkämmerer erklärte die Wahlparty zuvor zu einer geschlossenen Veranstaltung, um der Nazi-Horde den Zutritt zu verwehren. Lange auf sich warten ließ die Dortmunder Polizei, obwohl zuvor eine Vereinbarung getroffen wurde, dass sie bei befürchteten Auseinandersetzungen schnell kommt. Unter den aggressiven Schlägern der Partei „Die Rechte“ war auch Siegfried Borchardt. Er zieht vermutlich in den Stadtrat ein, weil die extrem rechte Partei in Dortmund einen Prozentpunkt holte.

Ruhr International

In diesem Jahr Rund besuchten rund 20.000 Besucher*innen das globale „Fest der Begegnung“ an der Bochumer Jahrhunderthalle. Neben Live-Musik und zahlreichen Essensständen informierten Menschenrechtsorganisationen wie die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum oder die Hochschulgruppe von Amnesty International über die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik. Daneben waren viele Flüchtlinge auch selbst gekommen, um beim internationalen Fest auf ihre Situation aufmerksam zu machen und für die europaweiten Proteste gegen Abschiebung, Residenzpflicht und Frontex zu mobilisieren.



Von der Bühne aus haben wir dieses Foto von euch geschossen. Wie versprochen findet ihr es hier auf Seite 8. (Foto: mac)

Nach dem Regen das Campusfest

Es ist 16 Uhr und dicke graue Wolken schieben sich über den Essener Campus. Gerade spielt die Punk-Band Lygo mit krachenden Gitarren, als es wie aus Eimern schüttet. Lange hatte man als Besucher*in des Essener Campusfestes das Gefühl, das Open Air würde ins Wasser fallen. Erste Festivaljunkies packen schon mal die Gummistiefel aus. Die große Katastrophe bleibt aber aus – die Wolken, von der Band Lygo derartig angeschrien, ziehen wieder weg. Die Veranstalter*innen hatten trotzdem noch genug zu tun.

Denn wie das bei Großveranstaltungen ist – eine Hiobs-Botschaft jagt oft die nächste. Auch das Essener AStA-Campusfest „Fürs Leben lärmern“ war da keine Ausnahme. Während der blaue Himmel für gute Laune sorgt, brausen kurz vor Beginn der Aftershowparty blaue Blinklichter zum Hörsaalzentrum. Ein fehlprogrammierter Rauchmelder löst einen

Feueralarm aus – alle Partygänger*innen müssen draußen auf den Beginn der Show warten. Nach einer laaangen Raucherpause startete die Show rund um Aphroe und die Organisator*innen aus dem AStA können aufatmen.

Aber es gab auch noch genug Kurioses zu sehen und hören: Zum Beispiel die aus Kronkorken gestaltete Sonne auf der Campuswiese. Die Veranstalter*innen streiten jede Beteiligung ab. Vielleicht war es ja dann der Affenmann von „Le Fly“? Zuzutrauen wäre es ihm, aber so betrunken wie er war, na ja. Apropos betrunken: Im AStA-Kulturbüro sind mehrere Turnbeutel mit Hipster-Inhalt gestrandet, die ihr euch abholen könnt. Das Gefühl des diesjährigen Campusfests bringt jedenfalls wohl folgende Zeile der Hip-Hop Combo Neonschwarz am besten auf den Punkt: „Die Sonne scheint hell, Himmel so blau! Stell dir vor, es wäre immer so - WOW!“ [mac]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
David Freydank: Felix Groell
Anschrift: akduell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: , Alex Grossert (aGro), Felix Rauls (Fra), Teresia Minjoli (ttm), Rolf van Raden (rvr), Maren Wenzel (mac), Daniel Kerekes (DanKe)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Rolf van Raden (rvr)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

4		8		5				6
				6	9	8		
9	6		8					
			5		7	3		
2	8						6	7
		4	1		6			
					1		2	3
		9	2	7				
6				9		7		4

HLP! #60 - DIE DUNKLE BEDROHUNG!

